



Mut und Verstand . Verstand und Moral

Das Grüne Bildungsprogramm - Entwurf

Stand: 18.03.2009



_kurz & bündig

Das Grüne Bildungsprogramm beruht auf drei Grundüberlegungen:

- Bildung soll (junge) Menschen zum selbstständigen Gebrauch ihres Verstandes befähigen und ermutigen, und sie soll eine politische Moral der Demokratiebejahung, der Toleranz und der Zivilcourage vermitteln.
- Bildung ist die zentrale Entwicklungsressource unserer Gesellschaft.
- Wer verhindert, dass Menschen gleichen Zugang zu dieser Ressource haben, verschüttet Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft und bestraft gleichzeitig Menschen für soziale und kulturelle Defizite ihres Herkunftsmilieus.

Aus diesen Überlegungen formuliert das Programm folgende Ziele:

- I. eine gemeinsame Schule aller Sechs- bis Vierzehnjährigen, damit auch eine massive zeitliche und institutionelle Flexibilisierung der Laufbahnentscheidungen;
- II. eine Abkehr von der derzeitigen Ressourcen-Pyramide, wo die weniger qualifizierten und schlechter bezahlten Kräfte „unten“ werken, die länger qualifizierten und besser bezahlten – und die Männer – „oben“;
- III. externe Evaluierungen von Schulen und Lehrkräften, damit sie weniger als „RichterInnen“, sondern zumindest tendenziell als „Coaches“ empfunden werden. Gleichzeitig braucht es mehr Schulautonomie und Demokratisierung, damit Schulen selbst auf die unterschiedlichen Herausforderungen durch vielschichtige Schülerschaften reagieren können;
- IV. weitgehender Verzicht auf die Notengebung in der Volksschule, zumal die Leistungsbeurteilung in der vierten Klasse nicht mehr, wie bisher, die Weichen für die weitere Schullaufbahn stellen würde.

Doch noch ein Ziel ist mit diesem Programm verbunden: dass es bei möglichst vielen Menschen im Gespräch bleibt oder immer wieder ins Gespräch kommt. Keine hehren Deklarationen also, sondern ein Diskursmotor.



Unsere heutige Wissensgesellschaft hat mehrere starke Wurzeln – technische wie die Buchdruckerkunst und die wachsende Verdichtung der Kommunikationsmöglichkeiten seit dem ausgehenden Mittelalter, gesellschaftspolitische wie die Durchsetzung der allgemeinen

Schulpflicht, aber entscheidender noch: geistige. Der Kant'sche Satz, Aufklärung sei das Vermögen, sich seines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen, und dazu bedürfe es der Entschließung und des Mutes, gibt heute nicht weniger als vor über 200 Jahren die Richtung vor, in die die Debatte über Bildung und Wissen gehen soll.

Entschließung und Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, aber auch Kernelemente einer zivilen Moral wie Bejahung der Demokratie, Toleranz gegenüber anderen Anschauungen und Lebensstilen, Zivilcourage: dazu soll Bildung befähigen. Alle weiteren Debatten zur Bildung und zu einem emanzipatorischen Bildungsbegriff können von hier ihren Ausgang nehmen.[1]

Bildung ist nicht nur die wichtigste Ressource für die Verwirklichung der eigenen persönlichen Fähigkeiten, sondern für die Entwicklung einer Gesellschaft insgesamt. Politisch, als Demokratie, kann sie ihre Potenziale nur durch gebildete Menschen entfalten, für die Wirtschaft ist ebenfalls Bildung ein zentraler Faktor. Denn Bildung ermöglicht das, was eine moderne von einer traditionellen Gesellschaft unterscheidet: Sie kann verfestigte gesellschaftliche Verhältnisse aufbrechen, soziale Strukturen verändern, Ungleichheit von Macht und Einkommen verringern.

Dazu allerdings darf sie nicht auf jene beschränkt bleiben, die bereits einen privilegierten Zugang zu Macht und Einkommen haben, sondern sie muss allen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Dadurch wird Bildung zur entscheidenden politischen und ökonomischen Entwicklungsressource einer Gesellschaft. Daraus folgt: Wer diesen chancengleichen

¹ „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen. Selbst verschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude [wage es, verständig zu sein]! Habe Muth, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“ (Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? Berlinische Monatsschrift, 1784,2, S. 481–494).

Und zudem „muß man auf die Moralisierung sehen. Der Mensch soll nicht blos zu allerlei Zwecken geschickt sein, sondern auch die Gesinnung bekommen, daß er nur lauter gute Zwecke erwähle. Gute Zwecke sind diejenigen, die nothwendigerweise von Jedermann gebilligt werden, und die auch zu gleicher Zeit Jedermanns Zwecke sein können.“ (Über Pädagogik, herausgegeben von D. Friedrich Theodor Rink. Königsberg 1803.)

Diese Positionen Kants sind natürlich im Lichte einer seit 200 Jahren anhaltenden Debatte über Pädagogik – gerade auch über Reformpädagogik – zu lesen. Als Philosoph der Aufklärung hat er diese Debatte ganz wesentlich angestoßen und bis heute beeinflusst.

Zugang zu Bildung nicht herstellt, der beschädigt diese Ressource oder verschüttet sie, sodass die Gesellschaft ihre Möglichkeiten nur unzureichend oder gar nicht entfaltet.

An diesen Grundüberlegungen müssen sich alle konkreten Vorschläge für eine Neugestaltung des österreichischen Bildungssystems messen lassen. Das heißt: Kein Kind darf im Bildungssystem auf Grund seiner sozialen Herkunft zurückbleiben. Oder anders: Kein Kind darf für sein Herkunftsmilieu – sei es Armut, Unkenntnis oder Desinteresse – bestraft werden, indem ihm Zugänge zu Bildung verschlossen bleiben oder (um es noch einmal mit Kant zu sagen) indem ihm der Mut genommen wird zu lernen, sich seines Verstands ohne Anleitung durch jemand anderen zu bedienen. Jedes Kind hat ein Grundrecht auf gleiche Bildungschancen – unabhängig von der sozialen Lage, vom Bildungsinteresse oder von der Sprachkompetenz der Eltern.

Unsere Gesellschaft weist eine Reihe von Chancenengpässen auf, die von einer so verstandenen Bildung sukzessive verbreitert und schließlich beseitigt werden müssten: soziale Herkunft, Geschlechterrollen, physische oder geistige Handicaps und Defizite in der Beherrschung der Sprache. Das gegenwärtige Bildungssystem reproduziert jedoch diese Engpässe und verstärkt sie, statt gleiche Lern- und Lebenschancen für alle zu schaffen.

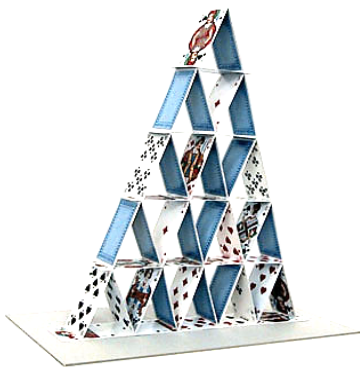
Zur Herstellung dieser Chancengleichheit ist es erforderlich, dass im Sinne des pädagogischen Prinzips der „Inklusion“ Kinder möglichst lange gemeinsam unterrichtet werden und eine frühe Selektion in angeblich mehr und weniger Leistungsfähige vermieden wird. So unterschiedlich die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind, so wichtig ist es, diesen Bedürfnissen mit jeweils gleich starken Anstrengungen gerecht zu werden. Denn Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf die jeweils bestmögliche Bildung und Ausbildung – durch die Förderung ihrer besonderen Fähigkeiten ebenso wie durch die Berücksichtigung möglicher Beeinträchtigungen, unabhängig von ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft.

Aus unserem grundsätzlich aufklärerischen Zugang zu Bildung heraus wollen wir auch einen überkonfessionellen Religionen- und Ethikunterricht. Ein solcher Unterricht entspräche der Vielfalt der Herkunftsmilieus der Kinder und Jugendlichen, und er würde in einer multikulturell und multiideologisch gewordenen Gesellschaft den Sinn wesentlicher, für ein friedfertiges Zusammenleben unverzichtbarer Grundwerte vermitteln. Der gegenwärtige, konfessionell gebundene Religionsunterricht soll jedoch weiterhin als Freifach gewählt werden können.



Umkehrung der Ressourcenpyramide

Wenn es stimmt, dass die entscheidenden Grundlagen für die Lernfähigkeit eines Menschen im frühen Kindesalter gelegt werden, dann hat das bestehende Bildungssystem einen kapitalen Konstruktionsfehler. Denn „unten“ – also in Kindergärten und Volksschulen – befinden sich die kürzest ausgebildeten, sozial am wenigsten angesehenen und schlechtest bezahlten Pädagoginnen und Pädagogen. Je weiter wir hingegen hinaufkommen – also in jene Bereiche, in denen bereits eine Selektion der Schülerinnen und Schüler zugunsten der angeblich mehr Begabten und meist auch sozial Wohlhabenderen stattgefunden hat –, desto besser ausgebildet, sozial angesehener, besser bezahlt und – kein Zufall – männlicher wird das Personal.



Die Ressourcenpyramide des Bildungssystems bildet damit passgenau die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nach: Wer schon hat, dem wird noch einmal kräftig gegeben. Gleichzeitig jedoch verschüttet ein solches System die Potenziale, die es eigentlich eröffnen müsste – nicht nur jene der Schülerinnen und Schüler, sondern genauso die der Pädagoginnen und Pädagogen. Denn unten, also in Volksschulen und Kindergärten, befinden sich fast nur noch Frauen, weil sich die Männer solche Jobs erst gar nicht mehr antun wollen. Damit reproduziert das Bildungssystem schon an seinem Eingang ein einseitiges Verständnis von Geschlechterrollen, das es zu überwinden gilt. Daraus folgt: Wir wollen diese Pyramide abtragen und ein neues Ressourcensystem aufbauen:

Es ist nicht einzusehen, weshalb die pädagogischen Kräfte am Eingang des Bildungssystems – also in Kindergärten und Volksschulen –, wo die Weichen für die Lernentwicklung eines Menschen gestellt werden, weniger gut ausgebildet und geringer bezahlt werden sollen als Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien. Und an den Hauptschulen ist der Unterschied schon deswegen nicht aufrechtzuerhalten, weil bereits im jetzigen System die erste Leistungsgruppe laut Gesetz ein Bildungsangebot, das der gymnasialen Unterstufe entspricht, bereitzustellen hätte. Wie will man da die Unterschiede in der Ausbildung und Bezahlung der Lehrkräfte der beiden Schultypen rechtfertigen?

Vielfach herrscht noch die naive Annahme, die Arbeit in Kindergärten und Volksschulen verlaufe auf einer pädagogischen Schmalspur, sodass man sie deshalb ruhig schlechter bezahlen könne. Wer so denkt, hat den gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte nicht verstanden. Denn durch die heterogenen Herkunftsmilieus der Kinder und durch die

wachsenden Anforderungen an deren soziale, sprachliche und mathematische Kompetenzen sind heute Kindergarten- und Volksschulpädagoginnen um nichts weniger gefordert als Lehrerinnen und Lehrer an höheren Schulen.

Eine gleichwertige universitäre Ausbildung für alle Pädagoginnen und Pädagogen vom Kindergarten bis zu den höheren Schulen ist deshalb unumgänglich. Sie darf allerdings nicht Uniformierung und praxisferne Akademisierung bedeuten. Daher bedarf es einer Reorganisation der universitären Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, die der sozialen und kulturellen Komplexität des Lebens in Kindergärten, Grund- und Mittelschulen gerecht wird und entsprechende Lehr- und Lernformen vermittelt. Zur Umsetzung dieser Forderung bedarf es eines neuen Dienst- und Besoldungsrechts und einer systematischen Weiterqualifizierung der gegenwärtigen pädagogischen Kräfte. Der zu erwartende Mehraufwand ist erheblich, doch überschaubar und allemal eine gute Investition in die Ressource Bildung.

|| Factbox

Angleichung der Pflichtschul- an die MittelschullehrerInnen

Die Kosten einer finanziellen Gleichstellung von Volks- und HauptschulpädagogInnen mit universitär qualifizierten Lehrkräften an höheren Schulen würden sich auf ca. 600 Mio. Euro pro Jahr belaufen.[2] Man sollte sich hier durchaus an den Größenordnungen der Kosten des Straßenbaus orientieren. Diese liegen in Österreich (nur Kosten des Bundes, ohne Landesstraßen) bei über einer Milliarde Euro jährlich.[3]

Wahrscheinlich fiel vielen Politikerinnen und Politikern eine Erhöhung der Bildungsausgaben leichter, wenn sie sie als Kosten des Straßenbaus verstünden – nämlich des Baus von Straßen in eine chancengerechtere Zukunft.

-
- 2 Berechnung (ohne Berücksichtigung der Altersverteilung der Lehrkräfte):
Das Mittel des monatlichen Bruttogehalts einer VS/HS-Lehrkraft (L 2a2) beläuft sich laut Gehaltstabelle 2008 auf €2667.--, das einer AHS-Lehrkraft auf €3185.-- Das ergibt ein Arbeitgeberbrutto pro Jahr von €48.980.-- bzw. 58.490.-- Die Differenz beträgt somit €9510.--
Bei rund 62.000 besetzten Planstellen in Österreich (Stand 2005/06) würde der Ausgleich dieser Differenz etwa 600 Mio Euro ausmachen.

- 3 ASFINAG Geschäftsbericht 2007.



Neuausrichtung der LehrerInnen-Verantwortung

Bei allen internationalen Vergleichen von Schulsystemen ist ein Ergebnis nicht wegzudiskutieren.

Jene Länder schneiden am besten ab ...

1. die in die Ausbildung der pädagogischen Kräfte im primären Bildungsbereich nicht weniger, auf jeden Fall gleich viel, wenn nicht mehr investieren, als in jene der Lehrkräfte im sekundären und tertiären Bereich;
2. wo für ein System lebenslanger beruflicher Weiterbildung der Lehrkräfte gesorgt ist und
3. wo Lehrkräfte für die Lernerfolge oder -misserfolge der Schülerinnen und Schüler mitverantwortlich gemacht werden.



Diese Mitverantwortung besteht in der rechtzeitigen Mobilisierung individueller Lernhilfe für jene, die

zurückzubleiben drohen. Das bedeutet aber auch zusätzliche Zeit von Lehrkräften, mithin zusätzliche Personalressourcen und damit zusätzliche Finanzmittel. Um die Kompetenz einer Lehrkraft und den Erfolg unterstützender Maßnahmen zu bewerten, bedarf es externer Bewertungen der Kompetenzen, des Kenntnisstandes und der Lern-

fortschritte der Schülerinnen und Schüler. Erst durch externe, also von der einzelnen Lehrperson unabhängige Evaluierungen sind Bewertungen und folglich auch Vergleiche der Leistungen von Lehrenden möglich. Solche objektivierenden Vergleiche sollten auch zwischen einzelnen Schulen vorgenommen werden. Dadurch lassen sich Defizite bei Lernenden und Lehrenden feststellen und Gegenmaßnahmen einleiten.

Für österreichische Lehrerinnen und Lehrer wäre ein solches System gewöhnungsbedürftig. Doch eine Schule, die in erster Linie das Wohl der Kinder im Auge hat, sollte sich einer kritischen Bewertung der jeweiligen Fähigkeiten und Leistungen von Lehrkräften und der Einrichtung insgesamt nicht verschließen. Dabei können schulexterne Faktoren – etwa die sozio-kulturelle Herkunft der Kinder – gut berücksichtigt werden; die nötigen methodischen Werkzeuge sind vorhanden. Gleichzeitig erhalten Schulen dadurch Informationen, mit deren Hilfe sie eigene Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung entwickeln können.

Lernfortschritte, nicht nur Ist-Zustände bewerten

Die Notengebung bedarf ebenso einer Reform wie das gesamte System der Sekundarstufe I. Für die Volksschule wäre zu überlegen, ob auf die herkömmlichen Noten nicht überhaupt verzichtet werden und stattdessen ein regelmäßiges Gespräch zwischen LehrerInnen, Eltern und Kindern stattfinden sollte, dessen Ergebnisse schriftlich festgehalten werden. In einer gemeinsamen Schule der Sechs- bis Vierzehnjährigen würde außerdem der Zwang zur frühen Benotung schon deswegen wegfallen, weil die Leistungsbeurteilung in der vierten Klasse nicht mehr, wie bisher, die Weichen für die weitere Schullaufbahn stellen würde.

Das gegenwärtige Schulsystem verhält sich gerade gegenüber anfangs leistungsschwächeren Kindern äußerst ungerecht – und die Zahl solcher Kinder wird angesichts großer und in Zukunft noch wachsender Mobilität durch Arbeitsmigration sicher nicht geringer. Positiv bewertet wird, wer viel weiß, auch wenn dieses Wissen schon von zuhause mitgegeben wurde, und nicht, wer viel gelernt hat. Natürlich wird ein Schulsystem immer den Stand des abrufbaren Wissens und Könnens bewerten wollen und auch müssen, doch genauso entscheidend sind die Lernfortschritte, die jemand in einem bestimmten Zeitraum gemacht hat.

Das trifft vor allem auf Kinder aus bildungsschwachen Milieus oder mit schlechten Deutschkenntnissen zu. In solchen Fällen sagt die Lerndynamik eines jungen Menschen mehr über seine zukünftige Entwicklung aus als das aktuell feststellbare Wissen. Nicht die bestehenden Defizite sollten also das Bild einer Schülerin oder eines Schülers bestimmen, sondern die aktivierten Potenziale. Allen wäre mit einem solchen dynamischen Zeugnis geholfen: Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, ArbeitgeberInnen und Arbeitgebern.

Aufwertung des Kindergartens

Der Kindergarten ist der Eingang in das Bildungssystem: Folglich ist mit einer Reform schon hier anzusetzen. Um Ungleichheiten der kindlichen Sprachkompetenz und der fördernden Milieus zu Hause entscheidend zu verringern oder möglichst zu beseitigen, ist das Angebot von zwei kostenlosen Kindergartenjahren (4. und 5. Lebensjahr) unerlässlich. Wo Eltern dieses Angebot nicht in Anspruch nehmen wollen, sollte beim



Kind eine Feststellung des Sprachstands erfolgen, sodass die Eltern entsprechend beraten werden können.

Ein solcher Kindergarten darf keine vorgezogene Volksschule werden. Es geht vielmehr um spielerisches Lernen, Freude am Entdecken, Entwicklung sozialer Kompetenzen und Freude am Leben. Zweisprachige BetreuerInnen müssen für jene Kinder zur Verfügung stehen, deren Familie einer in Österreich anerkannten sprachlichen Minderheit angehört.

In einem derartigen System muss auch der Übergang vom Kindergarten in die Volksschule weich erfolgen. Dazu gehört, dass Kindergarten und Volksschule sich nicht als getrennte Inseln verstehen, sondern die Pädagoginnen und Pädagogen miteinander in Kontakt treten und sich über die Entwicklung ihrer Kinder verständigen. Eine Ausbildung auf gleichem Niveau wird solche Kontakte erleichtern, da Kompetenz- und Statusunterschiede schrittweise verschwinden werden.

Gemeinsame Schule der Sechs- bis Vierzehnjährigen

Die wohl folgenschwerste Schwäche des gegenwärtigen Bildungssystems ist die soziale Selektion der Schülerinnen und Schüler im zehnten Lebensjahr: Wer bis dahin gute Leistungen erbracht hat – viel öfter aber noch: wo sozial kompetente Eltern bei der Ausbildung mitgewirkt und durch regelmäßige Kontakte mit Lehrenden, gelegentlich auch durch notenfördernde Interventionen, ihr Interesse am Schicksal der Sprösslinge dokumentiert haben –, kommt in die gymnasiale Unterstufe oder in die erste Leistungsgruppe der Hauptschule. **Dabei ist die – durch zu viele**

Anmeldungen erzwungene – Aufnahmepolitik vieler Gymnasien, nur Kinder mit möglichst vielen Sehr gut und möglichst wenig Gut zu akzeptieren, schon heute ein klarer Bruch der gesetzlichen Vorschriften. Denn auch ein Gut in den Leistungsfächern würde für einen Übertritt ins Gymnasium ausreichen, und bei einem Befriedigend könnte die Schulkonferenz der Volksschule zugunsten der Schülerin oder des Schülers entscheiden. Selbst wenn das passiert, nutzt es in vielen Fällen nichts, weil an den Gymnasien häufig zu wenig Platz für alle interessierten SchülerInnen vorhanden ist.

Wer vermeintlich weniger begabt oder für wen ein Gymnasium schlecht erreichbar ist, kommt in die Hauptschule. Das dortige Leistungsgruppensystem setzt Schülerinnen und Schüler in einer ihrer schwierigsten Lebensphasen – nämlich der Pubertät – unter den



permanenten Druck drohender Abstufungen, während sich ihre AltersgenossInnen in der gymnasialen Unterstufe ohne Angst vor Abstufungen, irgendwo zwischen Genügend und Sehr gut, durch die Krisen ihrer Jugend bewegen dürfen. Wer heute in der Hauptschule in der dritten Leistungsstufe gelandet ist, für den oder die ist in aller Regel das Ende der Bildungskarriere erreicht. Solche Schülerinnen und Schüler werden kaum jemals wieder höhergestuft und verlassen das Pflichtschulsystem nicht selten als funktionale Analphabeten und oft ohne Aussicht auf eine brauchbare Lehrstelle oder den Übergang zu einer höheren Schule.

Statt dass das Schulsystem unterschiedlich rasche Entwicklungen der Persönlichkeit berücksichtigt, bekommen Kinder in vielen Fällen mit der Selektionsentscheidung in der vierten Volksschulklasse – also im zehnten Lebensjahr – sozial lebenslänglich: als zukünftige HilfsarbeiterInnen in einem Wirtschaftssystem, dessen Anforderungen an formal Unqualifizierte zu allem Überfluss noch ständig wachsen.

|| Factbox

Aus der Schule ins berufliche Abseits?

Im Jahre 2001 verfügten 26,2 % der 25- bis 64-jährigen Wohnbevölkerung Österreichs über maximal einen Pflichtschulabschluss (und zum Teil nicht einmal über den) – also über keine Lehrausbildung oder den Abschluss einer weiterführenden Schule. Dieser Prozentsatz ist 2006 auf 18,2 gesunken. Der Anteil der Frauen mit maximal Pflichtschulabschluss ist fast doppelt so hoch (23,7 %) wie der der Männer (12,6 %).

Nach wie vor verlassen jährlich knapp unter 10 % (2006: 9,6 %) der Schülerinnen und Schüler unser Bildungssystem mit maximal Pflichtschulabschluss und ohne weiterführende Ausbildung. Das sind jährlich rund 8.000 Jugendliche, denen eine Karriere als HilfsarbeiterIn, meist in prekären Beschäftigungsverhältnissen, bevorsteht.[4]

4 Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2006/07 – Tabellenband. Wien 2008, S. 303 (Tab. 3.1);

Mario Steiner, Elfriede Wagner: Dropoutstrategie. Grundlagen zur Prävention und Reintegration von Dropouts in Ausbildung und Beschäftigung. Wien (IHS) 2007, S. 3.

Die Leistungsgruppen der Hauptschule, die ursprünglich als Förderinstrument gedacht waren, haben sich in der Zwischenzeit als soziale Falle erwiesen. Denn aus den unteren Leistungsgruppen, zumal aus der dritten, gibt erfahrungsgemäß nur eine ganz geringe Aufwärtsmobilität. Die Leistungsgruppen gehören deswegen umgehend abgeschafft und durch ein System individueller Förderung und innerer Differenzierung ersetzt.

An die Stelle des gegenwärtigen Systems von Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie gymnasialer Unterstufen gehört eine gemeinsame Schule aller Sechs- bis Vierzehnjährigen. Sie ist als differenzierte Gesamtschule mit individueller Förderung und mit einem Ganztagsangebot zu führen. Ganztagsangebot heißt:

Wo soziale oder materielle Voraussetzungen zu Hause nicht gegeben sind, können Kinder betreut ihre außerschulische Lern- und Tagesfreizeit verbringen. Auch dies wäre ein entscheidender Schritt zur Beseitigung von Ungleichheiten, die Kinder sonst von zu Hause mitbringen. Denn es böte breitgefächerte Möglichkeiten, Begabungen zu fördern und Lerndefizite individuell zu begegnen – wo erforderlich, auch in Zusammenarbeit mit schulexternen Fachleuten.

Erst ein solches System garantiert einen wirklich freien Zugang zu Bildung – und damit Chancengleichheit. Es würde die teuer bezahlte Nachhilfe überflüssig machen und somit Verhältnisse beseitigen, in denen förderungsbedürftige Kinder aus ärmeren Familien eklatant benachteiligt sind.

Auch Klassenwiederholungen würden dadurch der Vergangenheit angehören. Denn ein zurückbleibendes Kind würde rechtzeitig durch individuelle Förderung aufgefangen. Wenn aufgrund ganz eklatanter Lernschwächen dennoch eine Wiederholung erforderlich wäre, würde diese sich auf das Fach beschränken und nicht die gesamte Schullaufbahn unterbrechen.

Wie die Schulen ihr Angebot angesichts der sozialen und kulturellen Zusammensetzung ihrer Schülerinnen und Schüler organisieren, soll weitgehend ihnen überlassen werden. **Hier öffnet sich ein großes Feld für schulautonomes Handeln, also für die Übernahme von Verantwortung und für Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort, zum Beispiel auch durch die Öffnung der Schulen für SozialarbeiterInnen, PsychologInnen usw.** Durch externe Bewertungen ist allerdings dafür zu sorgen, dass ein messbarer Standard des Bildungsniveaus erreicht wird.



Schulautonomes Handeln, das die jeweils besonderen Herausforderungen ernst nimmt, erfordert allerdings auch eine Demokratisierung des Schulwesens. Denn nur demokratische Teilhabe – von Lehrenden ebenso wie von Schülerinnen und Schülern – wird die Motivation für die Übernahme von Verantwortung und den Willen zur Ausschöpfung der Gestaltungsmöglichkeiten schaffen.

Duale Lehrausbildung und Sekundarstufe II

Es ist eine der Absurditäten des gegenwärtigen Bildungssystems, dass es junge Menschen zwingt, lebensgeschichtliche Entscheidungen in ihrer wohl schwierigsten Lebensphase zu treffen – nämlich in der Pubertät. Weshalb der Zwang, sich in dieser Zeit der Übergänge und der Krisen festzulegen, ob man, mit ausreichend guten Abschlussnoten, in eine Lehre eintritt, mit der heute wenig realistischen Perspektive, diesen Beruf bis zur Pensionierung auszuüben, oder ob man die Schullaufbahn durch den Besuch einer Einrichtung im Sekundarbereich fortsetzt? Dabei produziert das jetzige Schulsystem zu allem Überfluss auch noch unnötige Sackgassen, wenn der Abschluss nicht zum Übertritt auf eine Universität oder Fachhochschule berechtigt.

Gegen diesen Zwang zur Wahl wäre weniger einzuwenden, wenn die zu beschreitenden Wege nicht allesamt in vorgefertigte Boxen führen würden: Wer eine Lehre macht, studiert in der Regel nicht mehr weiter. Wer weiterstudiert, macht in der Regel keine Lehre. Und wer weder studiert noch eine Lehre macht, bleibt normalerweise das Leben lang unqualifiziert. Das alles sind die Schubladen von gestern. Die Gesellschaft von morgen mit ihren komplexen Anforderungen braucht Menschen, die ihre Berufslebenswege komplex gestalten und auf neue Herausforderungen selbstsicher reagieren können.

Erforderlich sind also eine Stärkung des dualen Systems, die individuelle Förderung schwächerer Lehrlinge, die Sicherstellung der Kompetenz der ausbildenden Betriebe und gegebenenfalls die Übernahme der Ausbildung durch öffentlich finanzierte Lehrwerkstätten. Das bedeutet zum ersten, dass das gegenwärtige duale System der Lehrausbildung die Möglichkeit zu einer weiterführenden Schulausbildung eröffnen muss, falls nicht der umgehende Weg in den Beruf bevorzugt wird. Der in den letzten Jahren schüchtern eingeschlagene Weg in Richtung Aufwertung der



Lehrabschlüsse durch weiterführende (Aus-)Bildungsmöglichkeiten muss also konsequent fortgesetzt werden.

Das duale System böte für eine Entwicklung in diese Richtung sehr gute Voraussetzungen – und zwar indem die Berufsschullehrerinnen und -lehrer selbst weiterqualifiziert werden. Denn genauso wenig, wie Pädagoginnen und Pädagogen in Kindergärten und Volksschulen schlechter qualifiziert sein sollten als GymnasiallehrerInnen, darf man sich bei BerufsschullehrerInnen mit geringeren Ausbildungsniveaus zufrieden geben. Der Abschluss einer Lehre sollte die Wahl zu einem oder zwei weiteren – auch durchaus späteren – Ausbildungsjahren offen lassen, die dann mit einem maturawertigen Abschluss beendet werden können.

Zum zweiten müssen neue Wege für eine qualifizierte nichtakademische Berufsausbildung älterer Jugendlicher oder junger Erwachsener gefunden werden, die das sekundäre System mit oder ohne Abschluss verlassen haben oder die ihren Hauptschulabschluss später nachholen. Hier bedarf es vor allem einer engen Zusammenarbeit mit den Vertretern und Vertreterinnen der Wirtschaft, aber auch einer zusätzlichen Anstrengung des dualen Systems, um solche lebensgeschichtlich späteren Ausbildungen zu ermöglichen.

|| Factbox

Nicht bestandene Lehrabschlussprüfung – wie weiter?

Über 15 % der Lehrlinge bestehen jedes Jahr ihre Abschlussprüfung nicht. [5] Diese Dropouts sind – nicht anders als SchulabbrecherInnen – eine eminente bildungspolitische Herausforderung. Es handelt sich immerhin um jährlich fast 8.000 junge Menschen, für die der Weg zu einer qualifizierten Ausbildung ins Nichts führt. Eine verantwortliche Bildungspolitik muss das genauso als Herausforderung begreifen wie das Versagen von Schülern und Schülerinnen im Pflichtschulsystem. Auch für Lehrlinge gilt: Niemand darf zurückbleiben.

⁵ IBW (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft): Lehrlingsausbildung im Überblick. Strukturdaten zu Ausbildung und Beschäftigung. Wien 2006 (Bildung & Wirtschaft Nr. 37), S. 29 (Tab. 6b).

Zum dritten muss die jetzige gymnasiale Oberstufe flexibler organisiert sein, damit sie den vielfältiger werdenden Anforderungen gerecht wird. Bewährte Schulformen im Bereich der Berufsbildenden Höheren Schulen sollen weiterentwickelt werden. Grundsätzlich sollte eine modulare Oberstufe, in der unterschiedliche Fach-Module frei kombiniert werden können, an die Stelle der bestehen Bildungsboxen des Mittelschulsystems treten.

Zum Schluss

Das gegenwärtige österreichische Bildungssystem ist den Herausforderungen der modernen globalisierten Wissens- und Kommunikationsgesellschaft offensichtlich nicht gewachsen. Es setzt auf Schubladen und Sackgassen, wo Durchgängigkeit und Öffnung nach vorne gefragt ist. **Heute kann im zehnten Lebensjahr die Entscheidung fallen, ob man HilfsarbeiterIn oder HochschulprofessorIn wird – das ist unverantwortlich und dumm.** Jugendliche mit fünfzehn Jahren entweder auf die Lehre oder auf den Besuch einer höheren Schule zu fixieren – oder sie überhaupt ins qualifikationslose Abseits zu stellen –, ist kontraproduktiv. Das macht Menschen oft unglücklich und entzieht der Gesellschaft Ressourcen in beiderlei Richtung: der handwerklichen ebenso wie der akademischen. Wir wollen nicht, dass mit zehn, achtzehn oder neunzehn Jahren entschieden ist, wie der weitere Lebensweg verläuft. Wir wollen stattdessen ein Bildungssystem, das die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen schafft und somit die Entscheidung über die Bildungslaufbahn eines Menschen nicht schon im Kindes- und Jugendalter erzwingt.

An die Stelle des jetzigen verfestigten Bildungssystems muss ein offenes und flexibles treten. Ein solcher stufenweiser Wandel wird – wie internationale Vergleiche zeigen – bis zu zehn Jahren brauchen. Gerade deshalb gilt es im Interesse der Kinder und Jugendlichen, keine Zeit zu verlieren.

Ein neues Bildungssystem wird auch neue Anforderungen an die Pädagoginnen und Pädagogen stellen – vom Kindergarten bis an die Höheren Schulen. Die Antwort darauf ist deren gleichwertige (nicht gleichartige) universitäre Ausbildung und eine berufslebenslange Weiterbildung. **Neben einem strukturellen Umbau wollen wir auch eine Reform der Pädagogik. Sie soll nicht nur Wissen vermitteln, sondern junge Menschen befähigen, selbstgesteuert und eigenständig zu lernen** – und das auch, wenn sie das Schulsystem einmal verlassen haben.

Für Schülerinnen und Schüler wiederum wollen wir Verhältnisse, in denen sie nicht für die soziale Herkunft oder die Sprach- und Bildungsferne ihrer Eltern bestraft werden. **Es gibt keine dummen Kinder, sondern sehr unterschiedlich begabte.** Und es gibt keine faulen Kinder, aber solche, deren Aktivitätsdrang in die falsche Richtung gehen kann. Für sie alle muss das Bildungssystem da sein.

Dieses Programm ist nicht der schulpolitischen und pädagogischen Weisheit letzter Schluss: Zu dem allem möchten wir in Zukunft, über das Internet, einen landesweiten Diskurs über die Ziele und Inhalte schulischer Bildung und Ausbildung initiieren – einen Diskurs, der nicht von den bestehenden Curricula ausgeht, sondern alle Interessierten zu kreativen Überlegungen über die Erneuerung der Inhalte unserer Schulen zusammenführt.

Jetzt ist Ihre Meinung gefragt!

Diskutieren Sie mit uns auf der Grünen Website über das Grüne Bildungsprogramm!
Hier geht es zum Diskussionsforum:

http://www.gruene.at/bildung_jugend/gruenes_bildungsprogramm